

Die unterzeichnenden Bezirksräten und Bezirksräte der Fraktionen ÖVP & BÜRGERFORUM Josefstadt, SPÖ Josefstadt, Links-KPÖ Josefstadt NEOS Josefstadt und die Grünen Josefstadt stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 06. Dezember 2023 gem. § 24 GO BV folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

BETREFF: Friede im Nahen Osten

Die Bezirksvertretung Josefstadt verurteilt die Angriffe, Bluttaten und Geiselnahmen der Hamas, die eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hamas ausgelöst hat und zu unsäglichem Leid in der Zivilbevölkerung der gesamten Region geführt hat.

Dieser Angriff forderte über 1.200 Tote und unzählige Verletzte. Der Terror der Hamas richtete sich mit Massakern gezielt gegen die israelische Zivilbevölkerung, darunter tausende Frauen, Kinder und Jugendliche.

Die Bezirksvertretung Josefstadt bekennt sich auch zur Freiheit und Sicherheit aller in der Region lebenden Menschen und spricht sich für die sofortige und bedingungslose Freilassung sämtlicher Geiseln und der damit verbundenen kriegerischen Handlungen aus.

Die Bezirksvertretung Josefstadt bekennt sich uneingeschränkt zum Existenzrecht des Staates Israel, verurteilt jedweden Terror ohne jegliche Relativierung als politisches Mittel und spricht sich für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Region aus.

Angesichts des offen zu Tage tretenden Antisemitismus in der österreichischen Gesellschaft, bekennt sich die Bezirksvertretung Josefstadt zum jüdischen Leben in Österreich und spricht sich dafür aus dieses zu fördern und es mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen.

BEGRÜNDUNG:

Die terroristischen Gräueltaten der Hamas am 7. Oktober haben die Region des Nahen Ostens in beispieloser Weise destabilisiert und zu Krieg, Leid und zivilen Opfern geführt. Durch den dadurch angestachelten Antisemitismus kam es weltweit zu einer Gefährdung der jüdischen Bevölkerung. Daher, ist es umso mehr notwendig, konsequent gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit vorzugehen. Diesen antisemitischen Strömungen ist daher mit Vehemenz von allen österreichischen politischen Vertretern und Institutionen entgegenzutreten.

Aber auch die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen ist als Opfer der durch die Hamas ausgelöste Eskalation anzusehen. Auch für diese gilt selbstverständlich das internationale Völkerrecht, das alle Beteiligten dazu verpflichtet, ihr uneingeschränkt Hilfe und Unterstützung zu gewähren.

